

Stand und Entwicklung der Beziehungen Schweiz-EU auf einen Blick

Allgemeine Beziehungen Schweiz- EU

- Rückblick: Alt BR Couchepin findet angesichts der aktuellen Eurokrise den Moment sehr günstig, Beitrittsverhandlungen mit der EU aufzunehmen (2.6.); der ECOFIN beauftragt die EU-Kommission einen Dialog mit der Schweiz zum „Verhaltenskodex über die Unternehmensbesteuerung“ aufzunehmen (8.6.); das EDA will in Zusammenarbeit mit economiesuisse mit einer neuen Kommunikationsstrategie das Image der Schweiz in Brüssel verbessern (23.6.); Staatssekretär Michael Ambühl trifft sich mit Walter Deffaa, Generaldirektor TAXUD, zu einer Aussprache über die Steuer- und Finanzpolitik (2.7.); Avenir Suisse kommt in einer Untersuchung zum Schluss, dass der bilaterale Weg in Zukunft wenig Chancen hat (16.7.); EU-Ratspräsident Van Rompuy sieht die Grenzen des bilateralen Wegs erreicht (17.7.); BP Leuthard trifft sich mit Ratspräsident Van Rompuy und Kommissionspräsident Barroso – die EU-Spitzen bekräftigen ihre Forderungen vom 8.12.2008 in aller Deutlichkeit, Vereinbarung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Lösung institutioneller Fragen (19.7.); eine Untersuchung von Prof. Cottier der Uni Bern kommt zum Schluss, dass die Schweiz auch als EU-Mitglied 85% aller Volksabstimmungen der letzten 18 Jahre hätte durchführen können (15.8.); Staatssekretär Jean-Daniel Gerber bezeichnet die Praxis des autonomen Nachvollzugs als unwürdig, die Schweiz dürfe nicht zu einem „Monaco“ werden (15.8.); BR in Europaklausur (18.8.); Pressekonferenz des BR zur Europapolitik. Der BR erklärt, dass der bilaterale Weg zwar gewisse Schwächen aufweise und schwierig sei, will aber daran festhalten (19.8.); Von-Wattenwyl-Gespräche zur Europapolitik (3.9.); das Europäische Parlament verabschiedet mit grosser Mehrheit einen Bericht des Binnenmarktausschusses zur Schweiz und den anderen EFTA-Staaten (6.9.).
- Voraussichtliche Entwicklungen: Veröffentlichung des Berichts des Bundesrates über die Evaluation der schweizerischen Europapolitik (17.9.?): G20 in Seoul (11.-12.11.); ECOFIN berät über den Bericht der Kommission zum Dialog mit Schweiz bezüglich Verhaltenskodex (7.12.); Erste Resultate der Arbeitsgruppe Schweiz-EU (Ende 2010).
- *Kommentar: Von einem inhaltlichen Paradigmenwechsel seitens der EU kann man zwar nicht sprechen, hat sie sich doch seit dem Beschluss des Rates der EU vom 8. Dezember 2008 auf ihrem Standpunkt beharrt (einheitliche Anwendung des Rechts, Übernahme des Acquis und dessen Weiterentwicklung als Grundlage von Verhandlungen, Parallelismus). Hinsichtlich der Deutlichkeit mit der jetzt auch die EU-Spitzen diesen Standpunkt am Gipfeltreffen mit Doris Leuthard kommuniziert haben, kann man aber sehr wohl eine spürbare Veränderung feststellen. Auch der Binnenmarktbericht des EU-Parlaments zeigt in die gleiche Richtung, auch diese Institution trägt die Ansicht der Kommission und des Rats. Seit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags befindet das Europäische Parlament bekanntlich über bilaterale Verträge der EU mit Drittstaaten. Das Parlament ist für seine integrationistische Tendenz bekannt und dies wird es für die Schweiz sehr schwer machen, abweichende Forderungen durchzusetzen. Hinter die aussenpolitische Machbarkeit des bilateralen Wegs muss man also zumindest ein grosses Fragezeichen setzen!*

Unternehmensbesteuerung (Freihandelsabkommen von 1972)

- **Rückblick:** Der Streit um die Unternehmensbesteuerung zwischen der Schweiz und der EU schwelt weiter. Bekanntlich wurde ein Vorschlag der Schweiz von der EU-Kommission gutgeheissen, bleibt aber von Italien blockiert. Eine Expertengruppe der EU-Kommission hatte sich verstärkt dem Thema Drittstaaten gewidmet. In einem Bericht an den ECOFIN halten diese Experten fest, dass die grösste Priorität benachbarten Staaten mit potenziell schädlichen Steuerpraktiken „namentlich Lichtenstein und die Schweiz“ zu geben sei. Am 8. Juni haben die Finanzminister der EU-27 denn auch die Kommission damit beauftragt, mit der Schweiz einen Dialog zur Übernahme des „Verhaltenskodex für Unternehmensbesteuerung“ der EU aufzunehmen. An seiner Medienkonferenz vom 19. August hat der BR erklärt, dass man die Aufnahme eines solchen Dialogs mit der EU prüfen wolle. Bis Ende Jahr soll nun geklärt werden, ob und allenfalls unter welchen Bedingungen die Schweiz einen offiziellen Dialog mit der EU in diesem Bereich aufnehmen will. Die EU-Kommission ist ihrerseits gehalten, noch vor Ende des Jahres einen Bericht über die Resultate des angestrebten Dialogs zu präsentieren.
- **Voraussichtliche Entwicklungen:** Das EFD prüft in Zusammenarbeit mit dem EDA und dem EVD die Voraussetzungen und Bedingungen zur Aufnahme eines Dialogs über den Verhaltenskodex (?); G20 in Seoul (11.-12.11.); ECOFIN berät über den Bericht der Kommission zum Dialog mit der Schweiz bezüglich Verhaltenskodex (7.12.).
- *Kommentar: Seit mehr als drei Jahren schwelt der Konflikt schon. Nun will die EU-Kommission, dass die Schweiz sich auf den Verhaltenskodex verpflichtet, bereits Ende Jahr muss sie über erste Resultate berichten. Aufgrund des Prinzips des Parallelismus, das durch den Rat der EU am 8.12.2008 bestätigt wurde, scheint es sehr wahrscheinlich, dass die EU Fortschritte in diesem Dossier zu einer Bedingung für den erfolgreichen Abschluss von anderen bilateralen Verhandlungen machen wird. Man kann also davon ausgehen, dass der Druck von Seiten der EU steigen wird, sich dem Kodex anzuschliessen bzw. die Unternehmensbesteuerung so zu gestalten, dass sie EU-konform ist. Aber auch von Seiten der G20 und der OECD dürfte die Schweiz dazu aufgefordert werden, die Steuerregime der Kantone zu überdenken. Man ist daher gut beraten, Lehren aus dem Szenario Bankgeheimnis zu ziehen und in dieser Sache nicht die aktuelle Dynamik zu verkennen. Abzuwarten und zu hoffen, das Problem löse sich von selbst, ohne dass die Schweiz zu Zugeständnissen gezwungen sein wird, ist unrealistisch.*

In Kürze:

- **Personenfreizügigkeit** – Man kann davon ausgehen, dass die EU eine Anpassung des FZA fordern wird. Eine informelle Anfrage von EU-Vertretern im gemischten Ausschuss (16.6.) zielt darauf ab, eine Revision des Abkommens vorzunehmen. Eine formelle Anfrage dürfte denn auch nicht lange auf sich warten lassen. Das FZA ist als statisches Abkommen auf dem Stand von 1999 eingefroren, das Recht auf Einreise, Aufenthalt und Verbleib an den Status des Arbeitnehmers geknüpft. Innerhalb der EU gilt aber seit 2004 mit der Unionsbürgerschaft eine Richtlinie, welche die Freizügigkeit nicht mehr ganz so eng mit der Erwerbstätigkeit verknüpft.
- **Cassis de Dijon** – Am 1.7. ist das Prinzip in Kraft getreten. Das BAG hat bislang 6 Bewilligungen erteilt und 13 Gesuche abgelehnt. 24 Gesuche sind zurzeit noch hängig (27.8.). Die abgelehnten Gesuche betrafen allesamt Produkte mit Inhaltsstoffen, die in der Schweiz als Nahrungsergänzungsmittel oder Arzneimittel gelten, welche nicht unter das CdD-Prinzip fallen und auf dem üblichen Weg bewilligt werden müssen.
- **Schengen/Dublin** – Weiterentwicklung des Schengen Besitzstandes. Übernahme des Aussengrenzenfonds (10.030). Der SR hat am 14.6. zugestimmt. NR am 20.9.

- **Agrarfreihandelsabkommen und öffentliche Gesundheit** – Die CVP hat, wie sie dies angekündigt hatte, am 1. September ihre Unterstützung für die laufenden Verhandlungen in diesem Bereich entzogen. Mit einer angekündigten Motion will sie nun den Abbruch der Verhandlungen fordern.
- **Europäisches Forstinstitut (EFI)** – Das Übereinkommen über das Europäische Forstinstitut (EFI) bezweckt, Waldforschung auf gesamteuropäischer Ebene zu betreiben. Es ist eine wesentliche Drehscheibe zum Aufbau eines Forschungsverbundes in Europa. Der SR hat am 2.6. zugestimmt. Der NR behandelt das Geschäft (10.011) am 22.9.
- **Binnenwasserstrassen** – Europäisches Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstrassen. Beitritt der Schweiz. Das europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstrassen (ADN) regelt den Gefahrguttransport auf europäischen Flüssen und Seen. In der Schweiz ist dabei allein der Schiffsbetrieb auf dem Rhein betroffen. Das Abkommen hat zum Ziel, den Gefahrguttransport auf europäischen Binnenwasserstrassen durch möglichst einfache, klare und harmonisierte rechtliche Bedingungen zu regeln. Der NR hat das Geschäft (10.022) am 15.6. angenommen. SR am 28.9.
- **Grenzkontrollen und Tiertransporte** – Der Transport von Schlachtvieh durch die Schweiz soll verboten bleiben. Der NR hat am 1.3. dem Antrag der Kommission zugestimmt. SR behandelt das Geschäft (07.417) am 30.9.
- **Frühzeitige Informationen des Parlaments über europäische Gesetzgebungsentwürfe** – Der SR hat am 8.3. die Motion (10.3005) der APK-S einstimmig angenommen. Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, dem Parlament Massnahmen vorzuschlagen, wie die eidgenössischen Räte frühzeitig über europäische Gesetzgebungsentwürfe, die für die Schweiz relevant sind, in geeigneter Form und verbunden mit einer Stellungnahme des Bundesrates zu den Handlungsmöglichkeiten der Schweiz ins Bild gesetzt werden können. Die APK-N beantragt, die Motion verbunden mit einem Änderungsantrag anzunehmen (12:9). Die Kommissionsmehrheit beantragt, die Motion des Ständerates so zu ändern, dass das Erfordernis der bundesrätlichen Stellungnahme ausgeklammert wird. Die Kommissionsminderheit ist der Auffassung, dass der Motionstext des Ständerates konsequenter ist und dem Bundesrat genügend Spielraum für eine rechtzeitige Stellungnahme bei relevanten Entwürfen lässt. NR am 13.9.
- **Qualitätsstrategie in der Schweizer Landwirtschaft** – Differenzen. Der NR hat die Motion am 29.9.2009 angenommen. Der SR hat die Motion am 11.3. unter Streichung der Ziffer 4 betreffend „Swissness“ gutgeheissen. Der NR behandelt das Geschäft (09.3612) am 14.9.
- **Postgesetz, Postorganisationsgesetz** – Der NR behandelt die Geschäfte (09.049; 09.050) am 23.9.
- **Stromabkommen** – Der BR hat die Anpassung und Erweiterung des Verhandlungsmandats verabschiedet (12.5.), die APK beider Räte haben zugestimmt. Grundlage der Verhandlungen sind damit das Energie- und Klimapaket und das 3. Energiebinnenmarktpaket der EU. Dies weitet den Verhandlungsgegenstand unter anderem auf Fragen der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und des Ausbaus der Energieinfrastruktur aus. Damit ist aus dem angestrebten Stromabkommen eigentlich ein umfassendes Energieabkommen geworden.